

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Heidt, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/27808 –

**Chancen-Aufholprogramm – Lernrückstände erheben, Corona-Nachteile für Kinder und Jugendliche verhindern**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Margit Stumpp, Kai Gehring, Dr. Anna Christmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/27826 –

**Wege aus der Bildungskrise – Zukunftsperspektiven für unsere Kinder sichern**

### A. Problem

Zu Buchstabe a

Flächendeckende Schulschließungen und der damit verbundene Unterrichtsausfall führen dazu, dass sich bei den Schülern Lernrückstände bilden und es zu einem allgemeinen Kompetenzverlust kommt. Die deutsche Bildungspolitik hat es nicht geschafft, sinnvolle Corona-Unterrichtskonzepte zu erarbeiten. Ein Ausgleich der digitalen Defizite hat nicht stattgefunden und die Ungleichheit der Bil-

dungschancen vergrößert sich. Als negative Folgen könnte die zukünftige Generation nach Schätzungen des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo-Institut) mit bis zu 3,3 Billionen Euro belastet werden.

Zu Buchstabe b

Die aktuelle Krise hat die Schwächen des Bildungsföderalismus aufgezeigt. Die pandemische Lage sorgt als Katalysator für technische, gesellschaftliche und politische Veränderungsprozesse, wodurch die Schulen ihrem Bildungsauftrag wegen des Mangels an qualifizierten Lehrkräften und moderner Unterrichtsausstattung nicht mehr gerecht werden können.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

Zum Aufholen der Lernrückstände ist ein Chancen-Aufholprogramm einzuführen, das umgehend die pandemischen Folgen für die Kinder und Jugendlichen unter anderem durch Ferienangebote mit individuellen Förderungsprogrammen abfedert. Langfristig müssen die Lernrückstände statistisch erhoben und punktuell durch Förderprogramme ausgeglichen werden. Für eine möglichst effektive Umsetzung müssen Bund und Länder kooperativ zusammenarbeiten.

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27808 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

Eine zukunftssichere Bildungspolitik erfordert eine grundlegende Reform des Bildungssystems, um auch in Krisenzeiten dem Bildungsauftrag nachkommen zu können und unabhängig von äußeren Gegebenheiten ein gleichbleibendes Bildungsniveau zu garantieren. Der vorherrschende Bildungsföderalismus muss in ein kooperatives Zusammenwirken von Bund und Ländern verwandelt werden.

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27826 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/27808.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/27826.

## **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/27808 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/27826 abzulehnen.

Berlin, den 14. April 2021

## **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Sybille Benning**  
Vorsitzende

**Dr. Dietlind Tiemann**  
Berichterstatterin

**Ulrike Bahr**  
Berichterstatterin

**Dr. Götz Frömming**  
Berichterstatter

**Peter Heidt**  
Berichterstatter

**Dr. Birke Bull-Bischoff**  
Berichterstatterin

**Margit Stumpp**  
Berichterstatterin

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*

## Bericht der Abgeordneten Dr. Dietlind Tiemann, Ulrike Bahr, Dr. Götz Frömming, Peter Heidt, Dr. Birke Bull-Bischoff und Margit Stumpp

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27808** in seiner 218. Sitzung am 25. März 2021 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27826** in seiner 218. Sitzung am 25. März 2021 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung überwiesen. Die aktuelle Krise habe die Schwächen des Bildungsföderalismus aufgezeigt. In Vorbereitung auf kommende bundesländerübergreifende Hindernisse seien eine Förderung der Zusammenarbeit und ein Abbau der föderalistischen Hürden zwischen Bund und Ländern unerlässlich.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Nach Ansicht der Fraktion der FDP ist es versäumt worden, effektive Corona-Unterrichtskonzepte zu erstellen. Die pandemische Lage habe zu Schulschließungen geführt, wodurch erhebliche Lernrückstände entstanden seien. Man habe festgestellt, dass sich die tägliche Lernzeit auf 3,6 Stunden halbiert habe und bei Lernschwächeren noch weiter zurückgehe. Man habe es versäumt, effektive Corona-Unterrichtskonzepte zu erstellen. Die Defizite in der Digitalisierung habe man mit dem DigitalPakt nicht ausgleichen können. Von den fünf Milliarden Euro Fördergeld seien durch die Länder erst zwei Prozent ausgegeben worden. Die Schulschließungen beeinträchtigten die Menschen aus einem bildungsschwächeren Umfeld am stärksten, und es sei zu befürchten, dass diese dauerhaft den Anschluss verlieren würden. Die negativen Folgen könne die zukünftige Generation nach Schätzungen des ifo-Instituts bis zu 3,3 Billionen Euro kosten.

Es müsse ein Chancen-Aufholprogramm etabliert werden, um Lernrückstände zu beheben und soziale Kompetenzen zu fördern. Das Aufholprogramm solle zuerst kurzfristige Förderungsprogramme anbieten, um Lernverluste abzuschwächen. Gleichzeitig müsse ein langfristiges Bildungskonzept erarbeitet werden. Eine möglichst effektive Umsetzung erfordere zunächst eine Ermittlung der durch die Pandemie bedingten Lernverluste, damit anschließend eine punktuelle Förderung erfolgen könne. Bisher habe es keine empirische Datenerhebung auf Landes- oder Bundesebene gegeben, die konkrete Lernrückstände erfasse.

Durch jährliche Tests könne statistisch festgehalten werden, in welchen Bereichen pandemiebedingt Probleme entstanden seien. Des Weiteren müsse überwacht werden, ob diese Lernrückstände aufgeholt werden. Die Bewältigung der pandemischen Lage sei eine bundesweite Aufgabe, bei der die Länder und der Bund zusammenarbeiten müssten.

Die Bundesregierung solle unter anderem aufgefordert werden:

1. Gemeinsam mit den Ländern dem Deutschen Bundestag ein Chancen-Aufholprogramm vorzulegen, damit die entstandenen Lernrückstände und Kompetenzverluste aufgeholt werden. Zentrale Bestandteile des Chancen-Aufholprogramms sollten sein:
  - Kurzfristig gemeinsam mit den Ländern und Hochschulen ein bundesweites Lern-Buddy-Programm aufzusetzen, in dem Studierende Schulen und Schüler/innen für diese kostenfrei unterstützen, die in der Corona-Pandemie entstandenen Lernrückstände aufzuholen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- Kurzfristig mit den Ländern einen Digitalpakt 2.0 zu beschließen, um jede Schülerin und jeden Schüler mit Learning Analytics und Künstlicher Intelligenz individueller und besser zu unterstützen. Neben der angeschafften Technik und Infrastruktur sollten digitale Lehr- und Lernmethoden sowie IT-Koordinatoren dauerhaft und nachhaltig Einzug in Deutschlands Schulen erhalten.
  - Die Einführung einer digitalen Lernmittelfreiheit. Digitale Lernmittel müssen gleichwertig zu Schulbüchern als Lernmittel angeboten werden. Damit schaffen wir digitale Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler.
2. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gemeinsam mit den Ländern kurzfristig das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) mit der Konzeption, Durchführung und Auswertung von bundesweiten Tests über die Lernrückstände und Kompetenzverluste von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Krise zu beauftragen. Die Tests sollten noch 2021 unbürokratisch in ausgewählten Klassenstufen und unter Berücksichtigung des Datenschutzes idealerweise Computer-gestützt und online stattfinden. Dadurch entsteht Lehrkräften keine Mehrarbeit.
  3. Auch unter Berücksichtigung der Studienergebnisse sollten weitere zentrale Bestandteile des gemeinsamen Bund-Länder Chancen-Aufholprogramms sein:
    - Ab 2021 über fünf Jahre Ferienangebote mit individuellen Förderprogrammen anzubieten.
    - Einen Chancen-Bonus für Schulen mit besonderen Herausforderungen bei der Schulentwicklung und der Schülerschaft durch eine Standortfinanzierung nach Sozialindex einzuführen. Dieses Geld muss den Schulen für maßgeschneiderte Konzepte zur Verfügung stehen.
    - Zusätzliche Stellen für Sozialpädagogen und Schulpsychologen zu schaffen, die sich besonders um diejenigen Kinder kümmern, die in der Pandemie den Anschluss verloren haben.
    - Bundesweit einheitliche, hochwertige und verbindliche Bildungsstandards für alle Fächer des Hauptschulabschlusses, der Mittleren Reife und des Abiturs zu entwickeln, zu monitoren und zu evaluieren. Diese Bildungsstandards müssen wettbewerbsfähig gegenüber Nordamerika und Asien sein.
    - Bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur in allen zentralen Fächern einzuführen.
  4. Das Projekt anteilig mit den Ländern über zunächst fünf Jahre zu finanzieren. Durch jährliche stattfindende Tests kann festgestellt werden, ob die Coronabedingten Lernrückstände und Kompetenzverluste aufgeholt werden konnten.
  5. Die erforderlichen Schritte einzuleiten, um unabhängige wissenschaftliche Langzeitstudien in Auftrag zu geben, deren Ziel es ist, die kurz- und längerfristigen Effekte der pandemiebedingten Einschränkungen auf die kognitive und psychosoziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu erfassen und auszuwerten.
  6. Dem Bundestag mindestens einmal im Jahr über die Ergebnisse der Lernstandserhebungen und Studien zu berichten.

Zu Buchstabe b

Nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigt die Pandemie Missstände im Bildungssystem auf. Kernprobleme seien ein Mangel an Lehrkräften und die fehlende moderne Ausstattung, um digitalen Unterricht durchzuführen. In Vorbereitung auf kommende bundesländerübergreifende Hindernisse sei eine Förderung der Zusammenarbeit und ein Abbau der föderalistischen Hürden zwischen Bund und Ländern unerlässlich.

Die Bundesregierung solle unter anderem aufgefordert werden:

1. gemeinsam mit den Ländern einen bundesweit einheitlichen und verlässlichen Stufenplan mit einer rechts-sicheren und verantwortungsvollen Perspektive insbesondere auch für den sicheren Schulbetrieb in der Pandemie vorzulegen. Der Stufenplan soll dem Bundestag zur Debatte und Beschlussfassung vorgelegt werden. Ein solcher Plan muss auf wissenschaftlicher Grundlage für den Schulbetrieb deutlich machen, bei welchen Kennzahlen welche Maßnahmen vor Ort ergriffen werden können. So kann Planungssicherheit und Vertrauen geschaffen werden. In die Umsetzung vor Ort sollten Lehrkräfte, Eltern und Schüler\*innen zwingend eingebunden werden;

Vorbereitung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. Schulen und Kitas durch ein Sofortausstattungsprogramm für Antigen-Schnelltests zur Eigenanwendung zu unterstützen, damit Kinder, Lehrkräfte und Kita-Personal im Präsenzbetrieb geschützt werden können. Die Teststrategie muss zwei bis drei kostenlose Tests pro Person und Woche umfassen, Eltern einbeziehen und klare Handlungsempfehlungen im Falle positiver Testergebnisse enthalten. Hierzu sind entsprechende dimensionierte vertragliche Abnahmegarantien für die Hersteller vorzusehen, damit sie die Produktion im notwendigem Maße hochfahren können;
3. gemeinsam mit den Ländern und Kommunen einen Bildungsschutzschirm für Kinder und Jugendliche aufzuspannen, der individuell das Aufholen von pandemiebedingten Lernrückständen und Kompetenzen fördert und eine sichere Lernumgebung ermöglicht, um das Recht auf Bildung für alle zu gewährleisten. Dazu gehört:
  - Masterstudierende, Freiwillige mit pädagogischer Erfahrung, pensionierte Lehrkräfte und Aushilfslehrkräfte werden als Bildungslotsen und Mentor\*innen eingesetzt, um Schüler\*innen gezielt zu unterstützen und Kleingruppenangebote während der Schulwochen bzw. in den Ferien oder dem kurzfristigen Ausbau ganztägiger Angebote; zu ermöglichen; Schulen brauchen für einen effizienten und bedarfsgerechten Mitteleinsatz größtmögliche Flexibilität;
  - Schulsozialarbeit wird flächendeckend ausgebaut, damit Schulen die psychosozialen Folgen der Corona-Krise für Schülerinnen und Schüler mit professionellen Beratungs- und Unterstützungsangeboten in den nächsten Jahren besser bewältigen können;
  - Mithilfe von Lüftungsanlagen, zusätzlichen geeigneten Räumen für Unterricht mit Abstand sowie einem entzerrten Schüler\*innen-Transport wird eine sichere Lernumgebung geschaffen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/24635);
4. die Forschungsförderrichtlinie „Gesellschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie – Forschung für Integration, Teilhabe und Erneuerung“ finanziell sowie hinsichtlich des Förderzeitraums deutlich auszuweiten, um umfassende und langfristig angelegte Evaluationsstudien zu ermöglichen, die systematisch und im Längsschnitt die verschiedenen Aspekte der kognitiven und sozialen Kompetenzentwicklung von Schüler\*innen während und nach der Pandemie untersuchen;
5. die Bildungsforschung mit der Entwicklung hochwertiger und bundesweit anwendbarer digitaler Diagnoseinstrumente zu beauftragen, um pandemiebedingte Lernlücken und Kompetenzstände kontinuierlich zu erfassen und individualisierte Lernangebote zu ermöglichen; Dazu gehört ein umfassender Pool mit geeigneten Testaufgaben, der auf einer niederschweligen Plattform, wie der Bundeszentrale für digitale und Medienbildung, frei zugänglich bereitgestellt wird, und die Grundlage für gezielte Förderangebote darstellt;
6. das Patenprogramm „Menschen stärken Menschen“ finanziell zu stärken und seine Strukturen zu nutzen, um Kinder aus Problemlagen gezielt zu fördern und zu unterstützen;
7. das Programm „Kultur macht stark“ über 2022 hinaus zu verlängern und den beteiligten Akteur\*innen und Träger\*innen frühzeitig Planungssicherheit geben, damit die niederschweligen, inklusiven und diversen Angebote der kulturellen Bildung weitergeführt und ausgebaut werden können;
8. gemeinsam mit den Ländern und dem Bundestag die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten des Grundgesetzes zu nutzen und perspektivisch weitere zu eröffnen;
9. die Mehrbedarfsregelung im SGB II so zu überarbeiten, so dass die Kosten für einen Laptop oder ein Tablet übernommen werden, wenn diese dringend für den Schulunterricht benötigt werden. Kein Kind darf von digitalem Lernen und digitalen Anwendungen ausgeschlossen werden; ungleiche Startchancen müssen ausgeglichen werden;
10. gemeinsam mit den Ländern Deutschland in die Spitzengruppe der digitalisierten Schulsysteme zu heben. Dazu gehört:
  - allen Schulen ein digitales Fundament zu sichern aus Breitband, WLAN, sichere Server, Lernmanagement- und Kommunikationswerkzeuge für die Schulen; dienstliche Endgeräte, Lehr- und Lernplattformen sowie Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte; digitale Zugangswege, Lernmittel und -plattformen sowie Endgeräte und Internetzugang zu Hause für alle Schüler\*innen;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- eine Bundeszentrale für digitale und Medienbildung auf den Weg zu bringen, um einen Aufbruch für mehr Kompetenzen in den Bereichen Digitalisierung, Informatik und Medien initiieren (vgl. Bundestagsdrucksache 19/18729);
  - Schulentwicklungsprozesse für die vernetzte und digitale Schule professionelle zu begleiten und zu unterstützen;
  - Medienpädagog\*innen und IT-Support an jeder Schule zu etablieren;
  - zeitnah Verhandlungen aufzunehmen für einen „DigitalpaktPlus“, der eine längerfristige Finanzierung etwa von IT-Personal sicherstellt;
11. gemeinsam mit den Ländern bei der Unterstützung von Schulen konsequent konkrete Sozialindizes anzulegen oder Bedürftigkeit anerkennen, statt mithilfe des Königsteiner Schlüssels die Mittel zu verteilen, was Ungerechtigkeiten verstärkt statt verringert;

bei den Ländern darauf hinzuwirken,

12. dass multiprofessionelle Teams zur Normalität an Schulen werden. Mit ihrer Hilfe werden Lehrkräfte entlastet, individuelle Förderung ermöglicht sowie Konfliktmanagement und Elternarbeit professionalisiert. Zu diesen Teams gehören je nach Bedarf neben Lehrkräften und Schulleitungen etwa Sozial-, Medien- oder auch Theaterpädagog\*innen, Fachkräfte für Sprachförderung, Integrationshelfer\*innen, IT-Expert\*innen, Psycholog\*innen und Sozialarbeiter\*innen;
13. junge Menschen zu kritischen und engagierten Demokrat\*innen zu befähigen, indem Beteiligung zum tragenden Leitprinzip aller Bildungseinrichtungen wird. Dazu gehören
- eine Demokratisierung der Schulkultur und echte Mitbestimmungsmöglichkeiten. Bildungslandschaften müssen zu Beteiligungslandschaften weiterentwickelt werden;
  - die Stärkung der Schülerinnen- und Schülervertretungen, indem Ressourcen zur Verfügung gestellt und Mitsprache garantiert werden. Dies sollte auf KMK-Ebene vereinheitlicht werden;
  - eine stärkere Berücksichtigung politischer Bildung und Partizipation in den Bildungsplänen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/27808 in seiner 90. Sitzung am 14. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/27808 in seiner 94. Sitzung am 14. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen auf Drucksachen 19/27808 und 19/27826 in seiner 68. Sitzung am 14. April beraten und empfiehlt:

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27808 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27826 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, dass es um die Bildungslandschaft in Deutschland schon vor der Pandemie nicht gut bestellt gewesen sei. Die Pandemie habe die Situation noch extrem verschärft.

Die Lernzeit betrage 3,6 Stunden täglich und habe sich somit halbiert. Lernschwache Schüler und Schülerinnen fielen weiter zurück. Eine Studie der Universität Oxford bestätige einen durchschnittlichen Lernverlust von etwa einem Fünftel des Schuljahres. Die Bildungslücke klaffe immer weiter auseinander.

Es bestehe die Gefahr, dass gerade benachteiligte Schüler und Schülerinnen dauerhaft den Anschluss verlieren würden. Die FDP rufe dazu auf, die Kräfte von Bund und Ländern zu bündeln, um gegenzusteuern. Der in dieselbe Richtung zielende Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lege dar, dass die Opposition die Wichtigkeit dieser Aufgabe erkannt habe.

Die Gesellschaft für Aerosolforschung habe ein Umdenken gefordert und die Wirksamkeit von Raumluftfiltern bestätigt. Dennoch lehnten die Regierungsfractionen die Anträge der GRÜNEN und der FDP zum Nachteil der Kinder ab. Einem entsprechenden Antrag von Seiten der Koalition hätte die Fraktion der FDP ihrerseits zugestimmt. Es sei ein Widerspruch, dass einzelne CSU-regierte Landkreise in Bayern jetzt mobile Raumluftfilter in großem Umfang anschaffen würden. Dabei sei besonders interessant, dass diese Geräte geleast würden. Es müsse dringend etwas geschehen.

Es sei erforderlich, den Lernstand zu erheben, denn Gespräche mit vielen Lehrern, Schülern und Eltern aber auch die Erfahrung zeige, dass es ganz große Unterschiede gebe. Man könne manche Klassen nicht einfach so unterrichten, als ob nichts geschehen sei. Die Situation müsse intensiv erforscht werden. Es sei eine Aufgabe des Bundes, das zusammen mit den Ländern zu koordinieren und abschließen auch zu evaluieren um zielgerichtet agieren zu können.

Der Antrag der FDP enthalte vieles über Lernbuddies, über Ferienangebote und über digitale Lernfreiheit. Wenn jetzt nicht die Zeichen der Zeit zu erkannt werden würden, würde man eine ganze Generation an Schülern und Schülerinnen verlieren. Das könne man sich als Bildungsland nicht erlauben. Es sei nicht fünf vor zwölf, sondern bereits um zwölf. Es müsse sofort agiert werden.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, dass die Pandemie inzwischen alle Schülerinnen und Schüler benachteilige. Diskutiert werde eigentlich nur noch, welche Kinder wie stark betroffen seien. Das sei das übereinstimmende Urteil von Psychologen, Lehrkräften und Eltern. Man müsse jetzt in die Zukunft schauen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle einen bildungspolitischen Aufbruch, den schon viel früher nötig gewesen wäre, damit die nächste Krise nicht wieder auf Kosten der allerschwächsten Kinder gehe. Und dass das Versprechen des Aufstiegs durch Bildung, das es früher tatsächlich gegeben habe und das genutzt worden sei, endlich wieder greife und endlich wieder eingelöst werde. Es gehe auch darum, dass Schulen in der Digitalisierung und der vernetzten Welt endlich ankommen und die Menschen auf die Zukunft dieser digitalisierten Gesellschaft auch angemessen vorbereitet werden könnten. Es gehe wirklich darum, jedes Talent zu fördern und ihm Wertschätzung zukommen zu lassen. Zumal andere Herausforderungen der Zukunft, wie die Eindämmung der Klimakrise, auch ohne gebildete junge Menschen nicht bewältigt werden könnten.

Außerdem wolle die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass gleiche Bildungschancen Realität würden und die Gerechtigkeit im Klassenzimmer selbstverständlich werde, damit man junge, selbstbewusste, kritische und mündige DemokratInnen habe, die das Fundament der Gesellschaft bilden und auch in den Krisen schützen könnten.

Zu den Forderungen der Fraktion in der Pandemie gehöre ein bundesweit einheitlicher und verlässlicher Stufenplan. Man sehe doch, wie hilflos die Schulen in der dritten Welle immer noch seien. Es sei unglaublich, welche Anstrengungen vor Ort unternommen würden. Trotzdem gebe es immer noch Orientierungslosigkeit, was die Maßnahmen angehe. Vor allem deswegen, weil die Antigen-Schnelltests immer noch nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen würden. Es gebe Diskussionen darüber, ob in den Schulen getestet werden solle. Natürlich müsse in den Schulen getestet werden, aber solange in den Unternehmen nicht getestet werde, gebe es immer wieder mit den Eltern Diskussionen. Es müsse daher zu einer kohärenten Strategie kommen.



Es gehe weiterhin darum, Wege aufzuzeigen, wie die Bildungsdefizite und Bildungsrückstände mittelfristig aufgeholt werden könnten. Man wolle dabei weit über das Thema „Lernbuddies“ hinausgehen. Das Spektrum derjenigen, die beteiligt werden könnten, sei viel größer.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt zu den Äußerungen der FDP-Fraktion, diese befassten sich sehr emotional und speziell mit der Frage, was man zur Aufholung von Lernrückständen tun könne. Dabei seien sich alle einig, dass es Lernrückstände aufgrund der Pandemie gebe und dass man zu deren Behebung eingreifen müsse. Zu den beiden vorliegenden Anträgen sei festzustellen, diese beträfen die Verantwortung der Länder. Die CDU/CSU-Fraktion stelle in diesem Zusammenhang fest, dass die Koalition nicht auf Anträge der Opposition warte, sondern zusammen mit der Bundesregierung, der ausdrücklich gedankt werde, rechtzeitig verantwortlich handele. So gebe es eine Bund-Länder-Initiative bei der es darum gehe, die Länder zu unterstützen, Lernrückstände abzubauen. Man sei ebenso wie die Vertreter der Opposition mit Schulen, Lehrern, Schülern im direkten Austausch. Daher wisse man, wie schwierig es sei, so etwas zu organisieren. Man müsse Schwerpunkte setzen, was man bei der Initiative völlig richtig gemacht habe.

Zum Antrag der der Fraktion der FDP sei zu sagen, ein bildungspolitischer Aufbruch unter stärkerer Beteiligung des Bundes sei nichts Neues. Aber auch hier sei die Verantwortung der Länder zu sehen. Man teile auch die Ansicht der Fraktion DIE LINKE., im Haushalt eine entsprechende Wertigkeit der Bildungspositionen in den Ausgaben abzubilden. Dies könne aber nicht grenzenlos sein. Und man müsse berücksichtigen, was die Länder in diesem Bereich ausgeben würden. Hier müsse man leider feststellen, dass diese sich bei der Kofinanzierung der Mittel, die von Bund und Ländern gemeinsam beschlossen worden seien, sehr schwer täten.

Zum Antrag der der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei festzustellen, dass die Bundesregierung im Rahmen der grundgesetzlich eingeräumten Möglichkeiten die Forderungen unterstütze. Zudem werde die „S3-Leitlinie – Maßnahmen zur Prävention und Kontrolle der SARS-CoV-2-Übertragung in Schulen“ unterstützt. Zwar könne z. B. der Einsatz von Luftfiltern in den Räumlichkeiten helfen, könne aber komplexe Maßnahmen nicht ersetzen. Man werde Mittel für so etwas bereitstellen, aber diese müssten mit der Anwesenheit der Schüler, mit dem Lüften und dergleichen mehr kombiniert werden. Letztlich müsse den pandemiebedingten Lernrückständen entgegengewirkt werden, wie es in der Initiative von Bund und Ländern vorgesehen sei. Diese sollte deswegen gemeinsam unterstützt werden. Doch könne auch diese Initiative nicht die grundsätzlichen Probleme lösen. Dies läge nun einmal in der Verantwortung der Länder.

Die **Fraktion der AfD** betont die Bedeutung des Föderalismus im Schulbereich. Allerdings sei man hier jetzt an einem Punkt angekommen, wo sich die Situation nach dem Eindruck der AfD-Fraktion etwas anders darstelle. Die Schulschließungen hätten nicht die Länder allein verfügt, sondern der Bund habe massiv darauf hingewirkt. Der Bund werde das mit den anstehenden Beschlüssen jetzt möglicherweise nochmals stärker tun. Und das führe auch dazu, dass das Bildungsversprechen des Grundgesetzes, mit dem die Schulpflicht korrespondiere, nicht eingelöst werde. Auch der Bund habe sein gegebenes Versprechen nicht eingelöst, und nach Ansicht der AfD-Fraktion muss der Bund deshalb gemeinsam mit den Ländern dieses bisher nicht eingelöste Versprechen nachholen. Die Länder müssten massiv unterstützt werden, damit die versäumten Unterrichtsstunden wieder aufgeholt werden könnten.

Welche Rolle die Schulen und die jüngeren Menschen tatsächlich bei der Entwicklung der Pandemie spielen würden, wisse man immer noch nicht genau. Allerdings wisse man, dass die Auswirkungen auf das Lernen und auf den Bildungsstand zunehmen verheerend seien. Und dass das Hauptmittel, das Bund und Ländern bislang eingefallen sei, seien die Schulschließungen. Das sei erbärmlich.

Inzwischen habe sich aber auch gezeigt, dass das besonders stark von FPD und Grünen propagierte zweite Hauptmittel, die Digitalisierung und das Homeschooling, an seine Grenzen stoße. Das hätten inzwischen alle eingesehen. Die AfD-Fraktion habe von Anfang an gesagt, dass sich der Präsenzunterricht nicht durch solche Maßnahmen ersetzen lasse.

Die vorgeschlagenen Corona-Tests beurteilt die Fraktion der AfD kritisch. Das könne eine vorübergehende Maßnahme sein insbesondere bei älteren Schülern. Wie sie vor Ort umgesetzt werden solle, sei teilweise noch unklar. So sei unklar, ob das die Lehrer oder der Hausmeister machen sollten und wer das innerhalb und außerhalb des Klassenzimmers kontrollieren solle. Hier seien noch viele Fragen offen. Grundsätzlich müssten auch andere Möglichkeiten eruiert werden. Die Fraktion der AfD habe Wechselrotationsmodelle in die Diskussion eingebracht. Es sei ein Armutszeugnis, dass die Wechselrotationsmodelle teilweise verboten worden seien. In Hessen

habe man erfolgreiche Rotationsmodelle gesehen mit täglichen wechselverkleinerten Klassen. Auch die Verstärkung des Personals sei natürlich ein Mittel, um Klassen kleiner und um sie für die Zukunft pandemiefester zu machen. Hier sei viel zu wenig geschehen. Bund und Länder müssten noch viel größere Anstrengungen unternehmen. Beide Anträge würden zwar in die richtige Richtung gehen, aber auf Grund verschiedener Widersprüche im Detail könne die Fraktion der AfD nicht zustimmen.

Die **Fraktion der SPD** betont, dass Kinder und Jugendliche in den Fokus des parlamentarischen Handelns gehörten. Das gelte insbesondere während der pandemischen Lage. Der Lockdown habe mit seinen Begleiterscheinungen wie Distanzunterricht und Schulschließungen schon bestehende Ungleichheiten im Bereich der Bildung weiter verschärft. Daher setze sich die Fraktion der SPD für Förderprogramme ein, um den Schülerinnen und Schülern bestmögliche Aufholchancen zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage sei ein weitgefasster Ansatz erforderlich, der nicht nur Lernprogramme während der Ferienzeit anbiete sondern auch außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote beinhalte. Erforderlich sei es daher, ein Corona-Aufholpaket für die Bereiche der frühkindlichen und schulischen Bildung sowie der Kinder- und Jugendhilfe mit einem Förderungsvolumen von mindestens zwei Milliarden Euro zu erarbeiten. Aufgrund der Finanzierung über Bundesmittel solle der Bund ein Mitspracherecht bei der Schwerpunktbildung des Förderprogramms haben. Das Programm solle insbesondere individuelle Förderangebote für bildungsbenachteiligten Gruppen umfassen. Daher seien Kitas und Schulen in sozial schwierigen Lagen zu unterstützen und mit den Angeboten der Jugendhilfe zu vernetzen. Mehr Schulsozialarbeit sei ebenfalls wichtig, dafür wird momentan das Reformvorhaben des SGB VIII weiter ausgebaut.

Die Fraktion der SPD tritt dafür ein, dass ein Corona-Aufholpaket für alle Schüler angeboten wird. Ein gutes Ganztagsangebot kann Schülern ebenfalls helfen Lernrückstände abzubauen, insbesondere bei Kindern, die sich nicht in den Bildungsübergängen befinden. Zur Durchführung sei es erforderlich, dass die Bildungsorte dauerhaft geöffnet blieben. Zur Gewährleistung eines dauerhaften Präsenzbetriebs müsse die Entwicklung und Zulassung von Impfstoffen für Kinder und Jugendliche gegen den Covid-19-Erreger vorangetrieben werden. Zu kritisieren sei, dass ein Teil der in den Anträgen erhobenen Forderungen bereits obsolet sei, weil sie schon umgesetzt worden seien – zum Beispiel die Kostenübernahme für Laptops oder Tablets durch das Jobcenter bei SGB-II-Bezug. Die Fraktion der SPD lehne daher die Anträge ab.

Die **Fraktion DIE LINKE** hinterfragt das Krisenmanagement der Bundesregierung während der Corona-Pandemie. Auf abstrakter Ebene sei man sich einig: Es gehe um Bildungsgerechtigkeit und um den Ausbau der digitalen Bildungsinhalte. In den vorliegenden Anträgen unterstütze die Fraktion DIE LINKE. Vorschläge für Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel im Bildungsbereich. Der Vorschlag, Lehramtsstudis zu mobilisieren, damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und schon frühzeitig die Lehrkompetenz zu fördern, verdiene Unterstützung.

Damit sich die soziale Schere im Rahmen der Bildungsgerechtigkeit nicht weiter öffne, müsse die Schulsozialarbeit verlässlich, im Rahmen einer Kodifizierung im SGB VIII als Regelaufgabe, etabliert werden. Auch im Bereich der beruflichen Bildung bestehe erheblicher Reformbedarf. Man müsse einen neuen Verteilungsmechanismus schaffen, der sich am Gedanken des Sozialindexes für Hamburger Schulen orientiere. Dieser Verteilungsmechanismus dürfe nicht nur Gültigkeit für Einzelprogramme haben, sondern müsse als generelle Leitlinie für die Verteilung der Haushaltsmittel gelten.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. besteht ein Dissens im Hinblick auf den Einsatz von Analytics und künstlicher Intelligenz zur Auswertung des Bildungsstandes. Bei Bildung handele es sich um einen sozialen Prozess, dem menschliche Interaktion immanent innewohne und der menschliche Interaktion erfordere. Aktuell bestehe der Trend, Schülerinnen und Schüler ständig zu evaluieren, um eine abstrakte Lösung für Bildungsprobleme zu entwickeln anstatt individuelle Förderprogramme zu unterstützen. Die Fraktion DIE LINKE. befürworte das Angebot von kostenfreien Lehr- und Lernmitteln und eine Verlängerung des Programms „Kultur macht stark und Menschen stärken“.

Nach Angaben der **Bundesregierung** ist sie mit den Ländern wegen einer gemeinsamen Initiative zum Abbau pandemiebedingter Lernrückstände für Schülerinnen und Schüler im Gespräch. Der Bund werde sich dabei vor allem auf den Abbau der pandemiebedingten Lernrückstände in den Kernfächern und in den Kernkompetenzen konzentrieren. Die Länder wollten sich mit zusätzlichen Förderangeboten auch weiterhin beständig um die Schülerinnen und Schüler mit Lernrückständen kümmern. Das sei auch wichtig, damit sie ihrer eigenen Verantwortung dort gerecht werden würden. Bedingung für ein gutes Gelingen sei, dass neben dem Thema Lernrückstände auch

die persönliche und psychische Belastung von Schülerinnen und Schülern durch die Pandemie in den Blick genommen werden.

Berlin, den 14. April 2021

**Dr. Dietlind Tiemann**  
Berichterstatterin

**Ulrike Bahr**  
Berichterstatterin

**Dr. Götz Frömming**  
Berichterstatter

**Peter Heidt**  
Berichterstatter

**Dr. Birke Bull-Bischoff**  
Berichterstatterin

**Margit Stumpp**  
Berichterstatterin

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*